

Beschluss der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen der Länder vom 1. Oktober 2013 in Stuttgart

Solide Finanzpolitik für Deutschland - keine Steuererhöhungen zulassen!

Der Wähler hat bei der Bundestagswahl entschieden: Steuererhöhungen darf es nicht geben. Zur Steuergerechtigkeit gehört auch Steuerverlässlichkeit. Steuererhöher und Steuersenker haben eine deutliche Absage vom Wähler erhalten.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen der Länder sprechen sich nachdrücklich gegen höhere Steuern und für die Umsetzung des Regierungsprogramms von CDU und CSU aus. Historisch hohe Steuereinnahmen zeigen unmissverständlich, dass der Staat kein Einnahmeproblem hat. Steuererhöhungen sind auch nicht zur Haushaltskonsolidierung erforderlich.

Diese einmütige Auffassung der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher gilt unabhängig von den möglichen Koalitionen.

Wir wollen Steuergerechtigkeit. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist der Abbau der kalten Progression. Am Ziel der Steuervereinfachung halten wir fest.

Wir wollen, dass eine Föderalismuskommission III die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu ordnet. Ziel muss eine auskömmliche, dauerhafte und verlässliche Finanzausstattung der Länder sein.

Folgende Grundsätze halten die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher für wesentlich:

1. Sorgsamer Umgang mit den Steuereinnahmen statt Steuererhöhungen

Der Staat muss Schwerpunkte bei seinen Aufgaben setzen und mit den vorhandenen Einnahmen sorgsam haushalten. Höhere Steuern sind nicht notwendig, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Eine Erhöhung der Staatsquote lehnen wir ab.

Deshalb haben wir im Bund die Ausgaben begrenzt, die Schuldenbremse eingeführt und ihre Regeln zum schrittweisen Abbau der Neuverschuldung von Anfang an eingehalten.

Länder, die noch keine Schuldenbremse in ihre Verfassung aufgenommen haben, sollen dies in Verantwortung für künftige Generationen umgehend umsetzen.

Aus der Schuldenbremse folgt die Schuldentilgung! Nächster Schritt muss sein, die Gesamtverschuldung schrittweise zu senken.

2. Verantwortungsbewusste Steuerpolitik

Die Grundlagen für gute Steuereinnahmen sind wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen und eine hohe Beschäftigungsquote. Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher sind der Auffassung, dass höhere Steuern diese Rahmenbedingungen deutlich verschlechtern.

Deshalb: Ein klares Nein zur Vermögensteuer und keine Erhöhung der Erbschaftsteuer! Wir teilen zudem die Ansicht des DIHK, dass jeder Prozentpunkt höhere Einkommensteuer 200.000 Arbeitsplätze kostet. Auf Grund der Erdrosselungswirkung und zu erwartender Ausweichreaktionen sind höhere Steuern wirtschaftsfeindlich und gefährden Arbeitsplätze. Eine Verringerung des Steueraufkommens wäre die Folge.

Höhere Steuern sind auch nicht nötig, damit die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Denn das ist heute schon der Fall: Die obersten zehn Prozent der Einkommensteuerzahler schultern über die Hälfte der Einkommensteuer.

3. Kein Koalitionsvertrag ohne Abbau der kalten Progression:

Steuererhöhungen sind leistungsfeindlich. Leistung darf nicht durch überzogene Steuern bestraft werden. Leistung muss sich lohnen! Ein einfacheres und gerechteres Steuersystem kann aufkommensneutral gestaltet werden.

Wir wollen zunächst die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft weiter entlasten. Lohnerhöhungen, die lediglich dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, dürfen nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Deshalb wollen wir die sogenannte kalte Progression abbauen. Dies ist eine zentrale Forderung für ein Regierungsbündnis.

Die rot-grüne Blockadehaltung im Bundesrat muss der Vergangenheit angehören.

4. Unternehmensbesteuerung wachstumsfreundlich weiterentwickeln

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist Voraussetzung für steigendes Steueraufkommen. Deutschland muss ein international attraktiver und innovativer Wirtschaftsstandort bleiben.

Steuerpolitik muss den Unternehmen Investitions- und Gestaltungsspielräume lassen, damit diese in neue Arbeitsplätze, Aus- und Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung investieren können. Investitionen müssen sich lohnen!

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern eine Harmonisierung der Unternehmensteuern in Europa.

Einem aggressiven Ausnutzen von Unterschieden in den Steuersystemen der verschiedenen Staaten ist entschieden entgegen zu wirken.

5. Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen - Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockenlegen:

Steuerstraftaten müssen weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden. Dazu könnten auf Länderebene Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden. Bestehende Steueransprüche wollen wir durch einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Ländern konsequent eintreiben.

Steueroasen müssen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockengelegt werden. Dazu ist auf internationaler Ebene die Zusammenarbeit der Steuerfahndungsbehörden zum Beispiel durch Übereinkommen zum Informationsaustausch zu verbessern.

6. Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Als zentrales politisches Projekt der 18. Legislaturperiode fordern wir die Einberufung einer Föderalismuskommission III. Ziel muss eine auskömmliche, dauerhafte und verlässliche Finanzausstattung der Länder sein.

Neben der Neuordnung der horizontalen und vertikalen Finanzbeziehungen sollte die Föderalismuskommission III auch die Fragen einer Gemeindefinanzreform und weiterer gravierender dauerhafter Ausgabenbelastungen der Länder aufgreifen.